

5 Reaktionen zu Jürgen Becks Austritt
Wechsel von VU zu den Unabhängigen kommt wenig überraschend.

28 US-Datenaffäre: Krimi um Snowden dauert an
In den USA wächst die Sorge vor weiteren Veröffentlichungen.

15 ITF-Turnier in Stuttgart
Steffi Vogt glückt Auftakt
Balznerin siegt im Startspiel 6:2, 6:3



Mittwoch, 26. Juni 2013
136. Jahrgang Nr. 142

Volksblatt

MIT SONDERTHEMA

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Podiumsdiskussion
Öffentlicher Raum für alle?

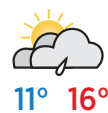
Vandalismus, Littering, Ruhestörung oder auch Gewalt – oft werden nur die negativen Entwicklungen des Lebens im öffentlichen Raum diskutiert. Mögliche Lösungsansätze der Probleme werden heute Abend um 18.30 Uhr auf Einladung des Vereins Sicheres Liechtenstein, im Amt für Bevölkerungsschutz in Vaduz im Rahmen einer Podiumsdiskussion thematisiert.

volksblatt.li

Berufsnachwuchs Die liechtensteinischen Teilnehmer bei den Berufsweltmeisterschaften reisen heute nach Leipzig ab. Die «World Skills» beginnen am nächsten Dienstag.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li

Wetter Tagsüber wird es langsam freundlicher.
Seite 26



Zitat des Tages



«Brasilien ist reif, um weiterzugehen, und hat bereits klargemacht, dass es nicht stehenbleiben wird.»

DILMA ROUSSEFF
BRASILIENS PRÄSIDENTIN

Entflechtung von Staat und Kirche: Konkordat kontrovers diskutiert

Regelung Bei einer Informationsveranstaltung der Regierung entfaltete sich gestern Abend eine lebhaft und meist konstruktive Debatte. Im Publikum überwogen die überaus kritischen Meldungen zum Konkordat mit dem Heiligen Stuhl.

VON MARTIN HASLER

Der Veranstaltung im Schaaner SAL wohnten Exponenten von nicht-staatlichen Organisationen und der Bevölkerung genauso bei wie Vertreter aller Parteien von Landes- sowie Gemeindeebene - mit Abwesenheit glänzte demgegenüber die Kirche. Nach kurzen Referaten von Regierungschef Adrian Hasler, dem Schaaner Vorsteher Daniel Hilti und Prinz Nikolaus, Botschafter Liechtensteins beim Heiligen Stuhl, war die Diskussion eröffnet. Sie drehte sich praktisch ausschliesslich um das Konkordat, das eigentlich nur einen Teil der vorgeschlagenen Entflechtung von Staat und Kirche darstellt, wie Adrian Hasler aufzeigte: Weitere Bestandteile sind die Verfassungsänderung und das bereits verabschiedete Religionsgemeinschaftengesetz. Er bezeichnete das vorliegende Paket als «einmalige Chance».

Plädoyer für Verbesserung

Ein eindringliches Plädoyer für die Entflechtung in der vorliegenden Form legte der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti ab, der als Mitglied der Verhandlungsdelegation mitverantwortlich für das Konkordat ist. «Die Gemeinde hat heute nicht viele Rechte, aber dafür die Pflicht zu zahlen», beschrieb er den unbefriedigenden Status quo, bei dem sich ausserdem immer neue Fragen und Diskussionen ergaben. Mit dem jetzigen Weg werde zwar nicht alles gelöst, aber «ein riesiger Schritt vorwärts» gemacht, so der Schaaner Vorsteher: Und 70 bis 80 Prozent der Probleme jetzt zu lösen, sei allemal besser, als wieder zurück an den Start zu gehen. Eine Ansicht, welche die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer nicht teilte. Hauptkritikpunkte waren die mangelnde Mitbestimmung der



Stellten sich in einer von Doris Quaderer moderierten Diskussion den Fragen und Urteilen der Besucher (von links): Regierungschef Adrian Hasler, der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti und Botschafter Prinz Nikolaus. (Foto: Paul Trummer)

Gläubigen, die Änderung der Besitzverhältnisse in gewissen Gemeinden sowie die Auflösungsbedingungen des Konkordats. Prinz Nikolaus, Leiter der Verhandlungsdelegation mit dem Heiligen Stuhl, versuchte, diese Argumente zu entkräften. Klar sei, dass eine Entflechtung mit der gesetzlich garantierten Mitbestimmung der Gläubigen nicht vereinbar sei: «Die Selbstverwaltung der Kirche muss akzeptiert werden.» Er verwies ausserdem auf die Mandatssteuer, über

welche die Gläubigen durchaus Einfluss auf das Verhalten der Kirche nehmen könnten.

Uneinigkeit über Mitbestimmung

Adrian Hasler vertrat zudem die Ansicht, dass die Mitbestimmung der Gläubigen eine innerkirchliche Frage sei, die nicht der Staat zu regeln habe. Daniel Hilti gab weiter zu bedenken: «Wenn wir immer von Mitbestimmung reden: Warum haben wir dann die heutige Situation?» Kritiker aus dem Publi-

kum hielten entgegen, dass die Kirche nicht nur der Klerus sei, der mit der vorliegenden Regelung das alleinige Bestimmungsrecht erhalte. Neben kritischen Tönen tauchten auch Nachfragen auf, die der Bevölkerung unter den Nägeln brennen. «Wird akzeptiert, dass in Zukunft Kirchen geschlossen werden?», wollte abschliessend ein Besucher wissen. Adrian Hasler konnte in dieser Sache keine Entwarnung geben: Die Kirche erhalte in Zukunft weniger Geld und müsse sicher Einsparungen machen. «Wie genau das geschieht, muss die Kirche regeln - das kann die Politik nicht mehr bestimmen.»

Seite 3

«Nicht alles wäre gelöst, aber es wäre ein riesiger Schritt vorwärts.»

DANIEL HILTI
SCHAANER VORSTEHER

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



Grossbrand in Triesen:
Tina Enz von der Landespolizei im Gespräch

www.volksblatt.li

Gastronomie sauer Take-aways sollen höher besteuert werden

BERN Fürs Essen im Restaurant oder vom Take-away-Stand sollen die Gäste den gleichen Mehrwertsteuersatz bezahlen. Die Wirtschaftskommission (WAK) des Schweizer Nationalrats will aber den Satz für Take-aways erhöhen, und nicht - wie sich die Wirte dies vorgestellt - jenen für die Restaurants senken. Wer im Restaurant ein Menü isst, bezahlt auf dem Preis 8 Prozent Mehrwertsteuer. Günstiger kommt der Gast im Take-away weg: Beim Menü zum Mitnehmen beträgt die Mehrwertsteuer nur 2,5 Prozent, weil der reduzierte Satz für den Verkauf von Nahrungsmitteln gilt. Die Gastrosuisse-Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung» wollte diese Ungleichbehandlung beheben. Auch Restaurants sollten vom tieferen Satz profitieren können. Der Bundesrat lehnte dies aber ab, weil er Steuerausfälle von 700 bis 750 Millio-

nen Franken befürchtete. Ein neues Zweisatzmodell, bei dem das Gastgewerbe dem tieferen Satz zugeordnet werden sollte, scheiterte im Parlament - ebenfalls wegen der drohenden Steuerausfälle. In einem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative schlägt die Kommission vor, die Steuer für Take-away-Geschäfte zu erhöhen. Konkret soll nicht mehr nur unterschieden werden, an welchem Ort ein Nahrungsmittel verkauft wird, sondern auch, ob es sich um eine warme oder kalte Speise handelt. Für «erwärmte» Speisen, auch zum Mitnehmen, soll der Konsument künftig immer den Normalsatz von 8 Prozent bezahlen. Damit der Gegenvorschlag in der Form einer parlamentarischen Initiative ausgearbeitet werden kann, müssen die Wirtschaftskommissionen beider Räte dem Vorgehen zustimmen. (sda)

Bankgeheimnis

Härtere Strafen für Verkauf von Daten

BERN Wer das Bankgeheimnis verletzt, soll härter bestraft werden können. Die Wirtschaftskommission des Schweizer Nationalrates will von der Verwaltung einen Gesetzesentwurf in diesem Sinne ausarbeiten lassen. Dies beschloss die Kommission mit 17 zu 5 Stimmen, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Grundlage bildet eine parlamentarische Initiative der FDP, welcher die Wirtschaftskommissionen beider Räte Folge gegeben hatten. Die Kommissionsmehrheit verspricht sich von einem höheren Strafmass eine abschreckende Wirkung. Sie hofft, dass damit der Diebstahl und Verkauf von CDs mit Bankkundendaten eingedämmt werden kann. Der Straftatbestand soll auf jene Personen ausgeweitet werden, die gestohlene Informationen nur entgegennehmen oder verwenden. (sda)

Inhalt

Inland	2-9	Kultur	23+24
Politik	10	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	11-14	TV	27
Sport	15-19	International	28

Fr. 2.00 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



QR-Code abrufen: So geht's
Scannen Sie mit Ihrem Smartphone die an unsere Artikel angehängten QR-Codes (entsprechende Gratis-Apps im App Store). Sie gelangen so zu zusätzlichen Inhalten wie Fotogalerien und themenbezogenen Videos.



volksblatt.li